

## AUSGLEICH UND AUSSTELLUNG – WIRTSCHAFT UND POLITIK IN BÖHMEN UM 1890

*Von Lothar Höbelt*

Die böhmischen Landtagswahlen vom Juli 1889 endeten mit einem Erdrutschsieg der Jungtschechen. Nach den Verfassungskämpfen der sechziger und siebziger Jahre, als das Schwungrad aller politischen Veränderungen stets in der Kurie des Großgrundbesitzes beheimatet gewesen war, der über die Mehrheit im Landtag entschied, wurde das Gleichgewicht erstmals durch Verschiebungen unter den „Volksabgeordneten“ nachhaltig in Bewegung gebracht. Die Regierung Taaffe, getragen vom sogenannten „Eisernen Ring“, dessen integrierenden Bestandteil sowohl die Altschechen als auch die feudal-konservative Adelspartei bildeten, reagierte auf die Erfolge der Jungtschechen mit „Liebesentzug“, wechselte den Statthalter aus – ein bezeichnendes Symptom, was den Glauben an die „Machbarkeit“ von Wahlen betrifft – und peilte mittelfristig eine Verständigung mit den Deutschböhmen an, die seit 1886 die Sitzungen des Landtags in Prag boykottiert hatten – ein Kurs, der in den Wiener Punktationen vom Januar 1890 gipfelte<sup>1</sup>. Der Schönheitsfehler dieses sogenannten „böhmischen Ausgleichs“, der zweifellos einen der weitreichendsten Versuche zur Versöhnung von Deutschen und Tschechen in den böhmischen Ländern darstellt, war seine relative Unausgewogenheit vom politisch-taktischen Standpunkt aus. Im Vergleich zum Ist-Zustand enthielt er wesentlich mehr Zugeständnisse an die deutsche Seite, zum Beispiel die Teilung der obersten Landesbehörden, die vorgesehene Abgrenzung der Gerichtsbezirke und als krönenden Abschluß ein Kuriengesetz, das eine Majorisierung in national umstrittenen Fragen in Hinkunft unmöglich machen sollte. Als Lockvögel für die Tschechen konnten hingegen die auszuarbeitende neue Wahlordnung gelten, die Errichtung einer neuen Handelskammer im östlichen Böhmen und eine ihren Interessen mehr entsprechende Regelung in der Frage der Minoritätsschulen. Schon als Rieger, der Führer der Altschechen, am Tag nach der Veröffentlichung der Wiener Punktationen meldete, das Exekutivkomitee seiner Partei stimme den Vereinbarungen einstimmig zu, entsprach das nicht ganz den Tatsachen. (Von den bekannteren Politikern hatte Škarda sich der Stimme enthalten, Trojan sogar deutliche Vorbehalte gemacht; in diesem Zusammenhang ist übrigens bemerkenswert, daß Kramář – damals noch bei den Realisten angesiedelt – den Ausgleich ursprünglich guthieß<sup>2</sup>).

<sup>1</sup> Menger, Max: Der böhmische Ausgleich. Stuttgart 1891. – Garver, Bruce: The Young Czech Party, 1874–1901, and the Emergence of a Multi-Party System. New Haven 1978, 148 ff.

<sup>2</sup> Der politische Nachlaß des Grafen Eduard Taaffe. Hrsg. v. A. Skedl. Wien 1922, 472. – Garver 1978, 151.

Um dem wachsenden Widerstand auf tschechischer Seite den Wind aus den Segeln zu nehmen, versuchte Rieger während der Ausschußberatungen des Landtages 1890 daher – zu spät – die Sprachenfrage aufzurollen und für die Tschechen zusätzliche Kompensationen im Bereich der inneren Dienstsprache herauszuschlagen. Manche der Prager deutschen Politiker wären auch gar nicht abgeneigt gewesen, hier Verständigungsbereitschaft zu signalisieren; die maßgebenden Parteiführer, insbesondere Plener – der sich einmal mehr den Ruf eines Doktrinärs erwarb – hielten jedoch starr am deutschzentralistischen Kurs fest, der Konzessionen in dieser Richtung ausschloß<sup>3</sup>.

Die symbolische Geste einer Krönung des Versöhnungswerkes durch die Krönung Franz Josephs zum König von Böhmen war nicht vorgesehen; doch hatte das Königreich Böhmen für 1891 immerhin eine „Landes-Jubiläumsausstellung“ geplant – aus Anlaß der 100. Wiederkehr der Krönung Leopolds II. am 6. September 1791<sup>4</sup>. In der Euphorie nach der Verkündung der Ausgleichsbestimmungen hatte die politische Führung der Deutschböhmen auch keinerlei Veranlassung gesehen, ihren Anhängern weiterhin von einer Teilnahme an den Ausstellungsvorbereitungen abzuraten. Doch bereits im Sommer 1890 zogen wiederum dunkle Wolken auf: Der böhmische Landtag hatte als ersten Teil der Ausgleichsvorlagen wohl die Teilung des Landesschulrates verabschiedet, in den Prag als Landeshauptstadt je einen deutschen und tschechischen Vertreter zu entsenden hatte. Als deutschen machte der Stadtrat nunmehr prompt Josef Heinrich namhaft, der als Lehrer zwar über fachliche Qualifikationen verfügte, den Deutschen jedoch als „Verräter“ galt, seit er 1885 mit tschechischen Stimmen zum Reichsratsabgeordneten gewählt worden war<sup>5</sup>. Dieser Versuch, die Ausgleichsbestimmungen auszuhöhlen – vor dem Hintergrund der zunehmenden Auflösung der alttschechischen Partei – führte zu massiven Zweifeln an der Realisierbarkeit des Ausgleichs und gab zu äußerst heftigen Reaktionen im deutschen Lager Anlaß. Franz Schmeykal, der in Prag als eine Art Generalsekretär der deutschliberalen Partei in Böhmen agierte und mit Plener in Wien einen lebhaften Briefwechsel unterhielt, sprach empört von der „reinsten Niedertracht und dem unverständlichen Wahnsinn einer außer Rand und Band geratenen Partei“. Politische Trotzreaktionen der Deutschen konnten jedoch bloß gegenteilig wirken: Sollten sie wegen der Erfahrungen im Fall Heinrich ihre Mitarbeit in Verhandlungen aufkündigen, die letzten Endes doch

<sup>3</sup> Vgl. Plener an Chlumecky, 3. Januar 1891: „Wenn ich unserer Commissionsmitglieder in der Frage der inneren Amtssprache sicher wäre, allein wie Du weißt, sind Schmeykal und Schlesinger ja eigentlich für diese Concession, um für die deutschen Bezirke die ausschließlich deutsche Sprache zu erringen.“ Státní oblastní archiv Brno [Gebietsarchiv Brünn], Nachlaß Johann Frhr. v. Chlumecky. Karton 16.

<sup>4</sup> Vgl. Wandruszka, Adam: Leopold II. Bd. 2. Wien 1965, 370.

<sup>5</sup> Vgl. Lemberg, Hans: Das öffentliche Leben in den böhmischen Ländern vor dem Ersten Weltkrieg. In: Die Chance der Verständigung: Absichten und Ansätze zu übernationaler Zusammenarbeit in den böhmischen Ländern 1848–1918. Hrsg. von F. Seibt. München 1987, 175–186. – Ders.: Verräter oder Vorkämpfer der Verständigung? Der Prager Politiker und Pädagoge Josef Heinrich (1837–1908). In: Bildungsgeschichte, Bevölkerungsgeschichte, Gesellschaftsgeschichte in den böhmischen Ländern und Europa. Festschrift für Jan Havránek zum 60. Geburtstag. Hrsg. von H. Lemberg, K. Litsch, R. G. Plaschka, G. Ránki. Wien 1988.

zu ihren Gunsten geführt wurden? Hier bot sich die Landesaussstellung als Stimungsbarometer an, um Unmut kund zu tun: Eine Abstinenz der Deutschen von ihr – trotz kaiserlichem Protektorat – so ließ sich Schmeykal vernehmen, „wäre ganz in meinem Sinne, zumal es zugleich ein guter Blitzableiter für manche andere extreme Ratschläge wäre, ... wogegen unsere Haltung gegenüber dem Ausgleich unverändert bleibt.“<sup>6</sup> So faßte das Exekutivkomitee der Deutschböhmen am 26. Juli den Entschluß<sup>7</sup>:

In der Erwartung einer baldigen, von wirklicher Versöhnlichkeit begleiteten Durchführung der Wiener Vereinbarungen haben wir unter dem 9. Februar 1890 die Beschickung der allgemeinen Landesaussstellung vom Jahre 1891 in Prag von Seite der deutschen Industriellen und Gewerbetreibenden Böhmens nicht bloß für zulässig, sondern auch als wünschenswert, ja als ein dringendes Gebot erklärt. Die bisherigen mißlichen Erfahrungen und die uns zugekommenen Kundgebungen aus industriellen und gewerblichen Kreisen, legen es uns auf, jene politischen Erwartungen zur bindenden Voraussetzung ihrer Beteiligung an der Landesaussstellung zu machen und letztere auf jenes Maß der Vorsicht zurückzuführen, welche durch die Haltung der anderen Seite dringend geboten erscheint. Wir empfehlen daher den heutigen Industriellen und Gewerbetreibenden, die Landesaussstellung nunmehr nur unter der Voraussetzung zu beschicken, die Zeichnungen für den Ausstellungsfonds nur dann vorzunehmen, wenn die Verhandlungen der bevorstehenden Landtagsession ein günstiges Ergebnis liefern. Dem Klub der deutschen Landtagsabgeordneten bleibt es vorbehalten, über das Eintreten jener Bedingungen endgültig Beschluß zu fassen.

Damit war die Entscheidung zwar offiziell hinausgeschoben, eine gewisse Vorentscheidung – zuungunsten der Ausstellung – jedoch unzweifelhaft bereits gefallen. Die endgültige Bestätigung stand allerdings noch aus, wie Schmeykal am 8. Oktober von neuem an Plener schrieb: „Wir müssen uns über die Ausstellung schlüssig werden.“<sup>8</sup> Denn in einer Woche begann die Herbstsession des Landtages, in der über den zweiten großen Brocken des Ausgleichs, die Teilung des Landeskulturrates verhandelt werden sollte – eine Materie, die für den agrarischen Sektor auch aus ganz handfesten, materiellen Gründen von Bedeutung war. Die Deutschböhmen mußten bemüht sein, „aus dem drohenden Schiffbruch zu retten, was zu retten ist“. Wie für eine Note des Protests mochte sich die Landesaussstellung nunmehr auch für eine versöhnliche Geste eignen, eine Geste, die insbesondere dem Statthalter Grafen Thun imponieren mochte, der zwar dem Ausgleich – wie man munkelte – ein wenig kühl gegenüberstand, die Ausstellung jedoch als sein ureigenstes Kind betrachtete. Thun ebenso wie der Oberstlandmarschall, Fürst Lobkowitz, taten auch ihr bestes, ihrerseits ein Junktim zwischen der Beschickung der Landesaussstellung und dem Fortgang der Beratungen über den Ausgleich herzustellen bzw. zu suggerieren. Zwar lief die offizielle Anmeldefrist Ende Oktober 1890 ab, doch war man gerne bereit, den Deutschen eine Verlängerung zuzugestehen<sup>9</sup>. Plener und Schmeykal blieben dennoch hart: „Die Formel wird lauten, daß wir angesichts der unbefriedigenden Ergebnisse der Landtags-

<sup>6</sup> Schmeykal an Plener, 11. Juli 1890. HHStA Nachlaß Plener, Karton 19, fol. 219.

<sup>7</sup> Kolmer, Gustav: *Parlament und Verfassung in Österreich*. Bd. 4. Wien/Leipzig 1907, 426.

<sup>8</sup> HHStA, Nl. Plener 19, fol. 240.

<sup>9</sup> Skedl (Hrsg.) 1922, 498, 511, 537 f., 542.

session die Beschickung der Ausstellung durch die deutschen Industriellen und Gewerbetreibenden nicht empfehlen können.“<sup>10</sup> Allenfalls sollte eine Ausnahme gestattet sein zugunsten jener, die sich schon vor dem Exekutivkomiteebeschluß vom 26. Juli angemeldet hatten; insbesondere den Maschinenfabrikanten, die schon große Vorbereitungen getroffen hätten, sollte „eine Art Dispens“ erteilt werden. Im Reichenberger Kammerbezirk stand der Abgeordnete und Sekretär der Handelskammer, Hermann Hallwich, der Ausstellung zwar verhältnismäßig positiv gegenüber, die Reichenberger Textilindustriellen verhielten sich jedoch ablehnend. Aus dem Kammerbezirk Eger war vom Keramischen Verband nur eine einzige Anmeldung eingelangt, aus dem Textilzentrum Asch überhaupt keine.

Noch ein zweites Mal, bei der Wahl der ihnen zugesagten zwei Landesausschußbeisitzer im Januar 1891, ließ Taaffe die Deutschböhmen wissen, ein Entgegenkommen in der Ausstellungsfrage könnte die Erfüllung ihrer Wünsche sehr befördern. Nicht dieser Meinung war übrigens auch der Kaiser, der sich auf den Standpunkt „pacta sunt servanda“ stellte und erklärte: „Nach meiner Ansicht sind Ausstellung und Ausgleich zwei getrennte Angelegenheiten, die nicht zu verquicken wären.“<sup>11</sup> Noch folgten für die Deutschen aus ihrer unbeweglichen Haltung auch keine negativen Konsequenzen. Sowohl das Gesetz über den Landeskulturrat als auch die Besetzung der zwei Mandate im Landesausschuß gingen zu Anfang des Jahres 1891 noch glatt über die Bühne; doch die Widerstände mehrten sich: Bei einer Gelegenheit hatte sich ein volles Drittel des alttschechischen Klubs der Stimme enthalten, beim anderen wiederum waren die Großgrundbesitzer nur zögernd der kompromißbereiten Linie Riegers gefolgt.<sup>12</sup>

Noch ließ aber auch Graf Thun nicht locker: Als Schmeykal Ende Februar dem Statthalter endgültig eine abschlägige Antwort erteilte, konterte dieser, indem er den Industriellen „Ringhoffer auf Alexander Richter und Schlesinger [einen der beiden neuen Landesausschußbeisitzer] auf mich“ losließ, wie sich Schmeykal bei Plener beschwerte. Viele potentielle Aussteller waren offensichtlich gar nicht glücklich darüber, ihren tschechischen Konkurrenten alleine das Feld überlassen zu sollen. Auch die Wiener Zeitungen „fallen unseren mit Ausstellungsinseneraten in den Rücken“<sup>13</sup>.

Der „Statthalter will die deutsche Mitwirkung, wenn auch nur zum Schein, um den Besuch des Kaisers durchzusetzen“, mutmaßte Schmeykal. Die Maschinenindustriellen wiederum waren mit dem bloßen Gewährenlassen nicht zufrieden, sondern wollten auch auf die Gestaltung der Ausstellung Einfluß nehmen und „lassen unter der Führung Ringhoffers ein Schriftstück kursieren, welches an die Parteileitung das Ersuchen um die parteimäßige Zulassung des Eintritts ins Aktionskomitee richtet und durch eine Deputation bestehend aus Ringhoffer, Wittgenstein und Kubinzky mir nach Ostern überreicht werden soll“<sup>14</sup>. Das waren gewichtige Namen, handelte es sich doch immerhin um den größten Maschinenfabrikanten Böhmens, den wichtigsten

<sup>10</sup> Plener an Chlumecky, 11. u. 18. November 1890. Nachlaß Chlumecky 16. Vgl. auch Skedl (Hrsg.) 1922, 504.

<sup>11</sup> Franz Joseph an Taaffe, zitiert bei Skedl (Hrsg.) 1922, 500.

<sup>12</sup> Ebenda 517, 548.

<sup>13</sup> Schmeykal an Plener, 6. März 1891. Nachlaß Plener 19, fol. 252 bzw. 18. März, fol. 256.

<sup>14</sup> Schmeykal an Plener, 28. März bzw. 14. April 1891. Nachlaß Plener 19, fol. 261 bzw. 265.

Schwerindustriellen der Monarchie und den Präsidenten der Prager Escompte Bank, doch blieb Schmeykal hart. Zwar empfing er die Deputation, um „die Leute nicht in die Hände des tschechischen Abgeordneten Wohanka der hiesigen Prager Kammer geraten zu lassen“ und versprach eine neuerliche Beratung über die Angelegenheit, doch gab er zu, er hätte „am liebsten gleich nein“ gesagt. So auffällig die enge Verbindung der deutschliberalen Partei zu den nordböhmisches Textilindustriellen – wie Leitenberger oder Ginzkey in Reichenberg – auch war (und dasselbe galt offenbar auch für die Inhaber der Porzellanmanufakturen), beides allerdings Wirtschaftszweige, die von einer Leistungsschau wie der Landesausstellung nicht unbedingt einen großen Aufschwung zu erwarten hatten –, so sehr muß das distanzierte, ja zeitweise gereizte Verhältnis zu den wahren Vertretern des „Big Business“ in Böhmen, den Herren der Schwerindustrie mit Wittgenstein an der Spitze, auffallen. Wittgenstein, dessen Eisenkartell böses Blut machte bei der verarbeitenden Industrie, und die liberale Partei hielten allenfalls noch gemeinsame Feindbilder zusammen, wie sie z. B. die Wiener Christlichsozialen mit ihrer antikapitalistischen Rhetorik verkörperten<sup>15</sup>. Im Grunde kündigte sich aber schon damals die politische Heimatlosigkeit der Großindustrie in einem multinationalen Reich wie Österreich-Ungarn an, eine Heimatlosigkeit, die sich freilich auch in einer großen Flexibilität niederschlagen konnte, was taktische Allianzen anbelangt.

Als die Landesausstellung am 17. Mai 1891 ihre Pforten öffnete, ergaben die seitenlangen Berichte in den tschechischen und offiziösen Blättern einen merkwürdigen Kontrast zum vollkommenen Schweigen der „Bohemia“<sup>16</sup>, die stattdessen ausführlich über Bagatellunfälle zu berichten wußte und erst auf die Ausstellung aufmerksam zu werden schien, als sich rund um die Ausstellung „panslawistische“ Kundgebungen häuften, war sie gerade auf Grund der deutschen Abstinenz doch zu einem nationalen Anliegen und – unabhängig von ihrem kommerziellen Erfolg – zu einem nationalen Triumph für die Tschechen geworden. Diese Manifestationen des Triumphes wiederum verstimmten an allerhöchster Stelle und hätten um ein Haar die Kaiserreise nach Prag gefährdet<sup>17</sup>, die wegen einer Typhuserkrankung Thuns ohnehin schon vom Hochsommer in den Frühherbst hatte verschoben werden müssen. Um die Reise wenn möglich doch noch zu verhindern, zögerte Schmeykal sogar mit der Zusage der Deutschböhmen zum Empfang der (insgesamt 220) Bezirksvorsteher Böhmens beim Kaiser; man solle „nicht gerade durch unsere Zusage die Reise fördern, die nicht in unserem Interesse liegt“<sup>18</sup>; erst das Votum der verfassungstreuen Großgrundbesitzer mit Oswald Thun-Salm bewegte ihn, seinen Widerstand unter der Bedingung aufzugeben, daß kein Zusammenhang mit der Ausstellung ersichtlich sein dürfe. Als Franz

<sup>15</sup> So spendete Wittgenstein noch 1890 5000 fl. für den Wahlkampffond der Wiener Liberalen. Vgl. Höbelt, Lothar: Die Linke und die Wahlen 1891. Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs 40.

<sup>16</sup> Offizielles Organ des Statthalters war die „Prager Zeitung“, das deutschsprachige tschechische Blatt die „Politik“.

<sup>17</sup> Skedl (Hrsg.) 1922, 582, 607 (Randbemerkungen Franz Josephs auf einen Bericht Thuns vom 23. Juli 1891).

<sup>18</sup> Schmeykal an Plener, 24. Juli 1891. Nachlaß Plener 19, fol. 270.



Joseph am Morgen des 26. September am Weg zur Ausstellung durch Prag fuhr, stand freilich auch Schmeykal an der Spitze der Vertrauensmänner seiner Partei vor dem Deutschen Haus am Graben im Spalier.

Den Statthalter Franz Thun wiederum quälte die Sorge, Seine Majestät vom Besuch Reichenbergs abzuhalten, der zweiten Statutarstadt Böhmens nach Prag, die freilich seit 1885 von einem deutschnationalen Bürgermeister verwaltet wurde, Dr. Carl Schücker. Thuns Präferenzen in Deutschböhmen wiesen mehr nach dem erst im Vorjahr von einem Hochwasser heimgesuchten Kurort Karlsbad, einer Hochburg der schwarz-gelben Liberalen, deren Wiederaufbauleistungen er der allerhöchsten Aufmerksamkeit empfahl. Schließlich gab er sich damit zufrieden, daß der Prager Bürgermeister Dr. Šolc eine höhere Auszeichnung erhalten sollte als Schücker. Auch Schmeykal konnte sich einiger boshafter Bemerkungen über die Reichenberger Deutschnationalen nicht enthalten, die ihm seine Aufgabe, die politische Einheit der Deutschböhmen zu erhalten, stets so schwer gemacht hatten: „Die Reichenberger schwelgen in der Loyalität – selbst die nach preußischen Mustern uniformierte Polizei wird versteckt – es geht nichts über die Demokraten!“<sup>19</sup> Fräulein Laura Schücker überreichte dem Kaiser ein Bouquet (und Franz Joseph erkannte sofort die Familienähnlichkeit); die Turner hatten einen Triumphbogen errichtet. Nur in einem Punkt schien Thun Recht zu behalten, der gegewöhnt hatte, die sozialen Spannungen in einem Gebiet mit einer so starken Arbeiterbevölkerung könnten sich bei dieser Gelegenheit unliebsam bemerkbar machen. Bei einer Eisenbahnbrücke in der Nähe war eine Bombe gelegt worden, Bürgermeister Schücker, der die Sicherungsmaßnahmen persönlich überwachte, verbrachte vor dem hohen Besuch eine schlaflose Nacht. Den Reichenberger Industriellen Ginzkey, der die Landesausstellung boykottiert hatte, rügte der Kaiser sanft: „Ihre Erzeugnisse hätten noch zur Verschönerung der Ausstellung beigetragen.“<sup>20</sup>

Als der böhmische Landtag im darauffolgenden Frühjahr wieder zusammentrat, sprach sich der konservative Adel für Sistierung und vorläufiges Ende der Ausgleichsvorlagen aus, da sie von einer der beteiligten Seiten inzwischen mehrheitlich abgelehnt würden. Kleinigkeiten wie die Abgrenzung des Bezirksgerichts Weikelsdorf konnten die Deutschen noch als Erfolg verbuchen, im großen und ganzen hatte sich der „böhmische Ausgleich“ festgefahren. Das Kuriengesetz kam nicht mehr zustande. Die Vorlage über das Kreisgericht Trautenau – das dann erst im Oktober 1918 eingerichtet werden sollte – war 1893 schließlich das Signal zum Ausbruch der jungtschechischen Obstruktion und zur Schließung des Landtages<sup>21</sup>. Es folgten ein Dutzend Jahre extremer Ausschläge des politischen Pendels: Zuerst die Zeit der Koalitionsregierung Windischgrätz und des Standrechts in Böhmen, dann die Ära Badeni mit ihren Sprachenverordnungen und der deutschen Obstruktion. Erst nach 1905, als die Deutschen in Böhmen beschlossen, ihre Obstruktion im Landtag erstmals wiederum aufzugeben,

<sup>19</sup> Skedl (Hrsg.) 1922, 650; Schmeykal an Plener, 23. September 1891. Nachlaß Plener 19, fol. 286.

<sup>20</sup> Bohemia 2. und 3. Oktober 1891.

<sup>21</sup> Vgl. Kolmer, Gustav: Parlament und Verfassung in Österreich. Bd. 5. Wien 1909, 52 ff. – Skedl (Hrsg.) 1922, 555 ff.

konnte sich der Dialog zwischen den beiden „Volksstämmen“ aufs neue entfalten, der zu den Ausgleichsbemühungen der unmittelbaren Vorkriegszeit überleitete – auch sie freilich letzten Endes erfolglos, selbst wenn die beiden Seiten zum Schluß kaum mehr viel Substantielles trennte.